Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (CR/AT)

Bitte beachten Sie: Wir weisen in den Hinweisen des Tages ausschließlich auf kostenlose Artikel hin. Es kann im weiteren Verlauf trotzdem vorkommen, dass Sie auf Texte stoßen, die sich hinter einer Bezahlschranke befinden. Der Grund dafür: Anbieter von Artikeln haben den kostenlosen Zugang nachträglich eingeschränkt oder/und in kostenpflichtige Angebote umgewandelt.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Pistorius irrt: Russland ist keine Bedrohung für Deutschland und wird nur angreifen, wenn seine Existenz gefährdet wird.
2. Pistorius macht Ernst: Reservisten sollen verpflichtend Dienst leisten – das steckt im neuen Gesetzentwurf
3. Drohnen aus München für die Ukraine: Merz setzt auf Eskalation statt Diplomatie
4. US-General traf kubanische Militärdelegation
5. Strukturreformen – ein Zauberwort ohne Substanz
6. „Das Land durchschütteln“
7. Was heißt hier 8-Stunden-Tag?
8. Wen Warkens geplante Gesundheitsreform am härtesten trifft
9. ZDF tritt nach unten
10. Wirtschaftskrise: Jetzt sollen auch noch die Mütter schuld sein
11. EU gibt eingefrorene 16 Milliarden Euro für Ungarn frei
12. Tichys juristischer Sieg gegen die Schlapphüte und was das für den Fall Hüseyin Dogru bedeutet
13. „Made in EU“-Regel: Wirtschaftsministerium fürchtet steigende Kosten
14. Wie Sandabbau die Lebensgrundlagen aller zerstört
15. Hamburg sagt die Spiele ab

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Pistorius irrt: Russland ist keine Bedrohung für Deutschland und wird nur angreifen, wenn seine Existenz gefährdet wird.**
   Einmal mehr hat Peter Vonnahme – Informationen zu seiner Person siehe am Ende des Beitrages – absolut recht: Russland reagiert, wenn seine eigene Sicherheit bedroht ist. Das zeigt die Geschichte, so sie denn ohne Verfälschung durch die westlichen Medien zur Kenntnis genommen wird. Peter Vonnahmes Erläuterungen und Schlussfolgerungen sollten vor allem in den deutschen Haushaltungen gelesen und ernstgenommen werden!
   In deutschen Medien gewinnt die Frage, ob Deutschland vor einem Krieg mit Russland steht, eine immer größere Bedeutung. Dabei spielen persönliche Weltsichten eine erhebliche Rolle. Deswegen bekenne ich vorab, dass ich die Sorgen vieler Menschen wegen einer Verschärfung der Konfliktlage teile. Wer dies als abwegig empfindet, kann sich die Zeit für die weitere Lektüre sparen.
   Quelle: Peter Vonnahme auf Globalbridge
2. **Pistorius macht Ernst: Reservisten sollen verpflichtend Dienst leisten – das steckt im neuen Gesetzentwurf**
   An Geld fehlt es der Bundeswehr nicht. Der kommende Wehretat 2027 soll rund 105,8 Milliarden Euro betragen. Doch dafür mangelt es der Truppe umso mehr an Personal – sprich Soldatinnen und Soldaten. Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) will nun die Reservekräfte der Bundeswehr mit militärischen Übungen in die Pflicht nehmen. Der SPD-Politiker bestätigte, dass dazu in seinem Ministerium ein Gesetzentwurf vorbereitet wird, nach dem Reservisten künftig schon in Friedenszeiten Dienst zu leisten haben.
   „Freiwillig ist der Wehrdienst“, sagte Pistorius im kanadischen Montreal am Rande eines Besuchs bei Rüstungsunternehmen. Wer den Wehrdienst antrete wisse, „dass dann anschließend für ihn eine Verpflichtung daraus folgt, auch Reserveübungen durchzuführen“. Das sei auch bis weit in die 90er Jahre so gewesen, so Pistorius.
   Quelle: Merkur

   Anmerkung Christian Reimann: *Die Überschrift wirkt so als sei die Kriegstüchtigkeits-Rhetorik des angeblich beliebtesten Politikers in Deutschland nicht ernst gemeint. Nun soll also der Reservedienst verpflichtend werden. Von „sinnvollen Übungen“ soll profitiert werden. Dem Erhalt des Friedens dürften diese Reserveübungen wohl kaum nutzen. Denn es geht hierbei um Übungen für den militärischen Ernstfall. Ob die Reservisten das heutzutage genau so wollen wie in den 1990er Jahren ist fraglich.*

dazu auch: **Der Camouflage-Coach**
Der Wehrdienst als unerlässliche Erfahrung für die Persönlichkeitsentwicklung eines jungen Menschen ist ein Mythos, denn Militärausbildungen brechen ihn und vermitteln nichts, was sich nicht auch zivil und menschlich erlernen lässt. Soldaten malen die camouflagefarbene Zeit retrospektiv in den schillerndsten Farben. Das sei die „geilste Zeit“ gewesen. So viel von dem, was man dort, und nur dort, gelernt habe, sei später, im weiteren Verlauf des Lebens so wertvoll gewesen. Die Schwärmereien von Altgedienten über die Zeit beim Bund ist abendfüllend. Im gegenwärtigen Wiederaufleben des potenziell tödlichen Dienstes an der Waffe werden ebendiese Militärmärchen wieder aus der Mottenkiste geholt.
Quelle: Manova

3. **Drohnen aus München für die Ukraine: Merz setzt auf Eskalation statt Diplomatie**
   Im April 2026 stand Merz selbst neben Wladimir Selenskij und unterzeichnete den Vertrag über Tausende autonome Schlagdrohnen. Die Systeme sollen mit Schweizer Killer-Software ausgestattet werden. Man spricht von „Schwarmintelligenz“ und „autonomer Zielerfassung“. In Wahrheit geht es um hochpräzise Tötungsmaschinen, die den Krieg weiter eskalieren und verlängern sollen.
   Während Merz und seine Verbündeten von „europäischer Verteidigungsfähigkeit“ und „Unterstützung der Ukraine“ faseln, fließen deutsche Steuergelder in die Taschen von Rüstungsfirmen. Auterion und seine Partner verdienen Millionen – auf Kosten Tausender weiteren Toter. Jede Drohne, die in München vom Band läuft, verlängert den Krieg um Wochen oder Monate.
   Quelle: RT DE

   Anmerkung Christian Reimann: *Das könnte gefährlich für die Bürgerinnen und Bürger in der Umgebung dieser Rüstungsfirmen sein. Bitte lesen Sie dazu auch Bundesregierung führt Deutschland in den Krieg gegen Russland sowie Neptun-Raketen und Stugna-Panzerabwehr: Ukraine schließt Rüstungsallianz mit deutschem Unternehmen und “Diese Objekte gefährden Ihre Sicherheit” – Russisches Verteidigungsministerium warnt Europäer mit Anmerkungen.*

4. **US-General traf kubanische Militärdelegation**
   Inmitten zunehmender Spannungen zwischen Washington und Havanna haben sich hochrangige Militärvertreter beider Seiten getroffen. Wie diese am Freitag

mitteilten, trafen der Chef des zuständigen US-Regionalkommandos (SOUTHCOM), General Francis Donovan, und der Chef des Generalstabs der Kubanischen Revolutionären Streitkräfte, Roberto Legra Sotolongo, im Außenbereich des US-Stützpunkts Guantanamo Bay auf der sozialistisch regierten Karibikinsel zusammen. (…)
Der Militärstützpunkt von Guantanamo Bay liegt an der südöstlichen Küste Kubas. Das Territorium steht seit 1903 wegen eines umstrittenen Pachtvertrags unter US-Kontrolle. Seit dem Sieg der Kubanischen Revolution unter Fidel Castro im Jahr 1959 betrachtet Kuba den unbefristeten Vertrag als ungültig. (…)
Das Treffen erfolgte nur kurz nach US-Medienberichten, dass Kuba im Falle einer Eskalation Angriffe auf den US-Stützpunkt Guantanamo plane.
Quelle: ORF

dazu auch: **«Die Lage ist dramatisch. Die Leute haben Hunger!»**
Kein Strom, kein Benzin, kaum Medikamente: Das neue US-Ölembargo trifft Kuba mit voller Wucht. Der Tessiner Arzt Franco Cavalli war mit einer Solidaritäts-Flottille auf der Insel – und berichtet von einem Gesundheitssystem am Anschlag.
Quelle: work

5. **Strukturreformen – ein Zauberwort ohne Substanz**
Strukturreformen gelten als das Allheilmittel in der Krise. Doch weder ist die Rezeptur neu, noch zeigt sie in der Empirie positive Effekte – im Gegenteil. […]
Wann immer in einem Land – insbesondere der Eurozone – in den letzten Jahren wirtschaftliche Probleme auftraten, hatten Politik, Medien und Wissenschaft hierzulande die Lösung sofort parat: Strukturreformen müssen her. […]
Veränderte Strukturen entwickeln also niemals aus sich heraus Nachfrage. Es ist absurd anzunehmen, dass in einem krisengeschüttelten Land (der Eurozone) irgendwelche Deregulierungsmaßnahmen im Bereich der Produktmärkte oder ein Bürokratieabbau dazu führen, dass die Unternehmen begeistert ihre Investitionen ausweiten und Neueinstellungen vornehmen und zugleich die privaten Haushalte freudig ihre Konsumausgaben erhöhen, obwohl die wirtschaftliche Lage miserabel ist: Eine geringe Kapazitätsauslastung, fehlende positive Signale für Investoren von den Absatzmärkten, eine hohe Arbeitslosigkeit sowie stagnierende oder sogar sinkende Einkommen der privaten Haushalte gehen mit negativen Zukunftserwartungen einher.

Warum etwa sollten die Unternehmen in einer unterausgelasteten Wirtschaft in neue Produktionsanlagen investieren, wenn doch bei schwachem Absatz die bestehenden Kapazitäten mehr als ausreichend sind, um die aktuelle Nachfrage zu befriedigen? Solange in einem Krisenland die nachfrageseitigen Probleme nicht gelöst sind, verpuffen alle Strukturreformen im Bereich der Gütermärkte wegen der tiefen Verunsicherung von Unternehmen und Konsumenten und einer fehlenden Aussicht auf baldige Verbesserung der wirtschaftlichen Situation wirkungslos.
Quelle: Günther Grunert auf Makroskop

Anmerkung unseres Lesers B.A.: *Es dürfte klar sein, was hinter den „Strukturreformen“ steht: Deregulierte Arbeitsmärkte, Abbau von Arbeitnehmerrechten und letztlich Lohnsenkungen. Und das soll dann die Nachfrage beleben und die Wirtschaft aus der Krise führen!*

dazu auch: **Ökonom Flassbeck: „DANN kommt die AfD an die Macht“**
Ökonom Heiner Flassbeck im Interview über die Wirtschaftskrise, die Wirtschaftsweisen, das wahre Rentenproblem, die AfD und Maßnahmen für mehr Wachstum!
Quelle: Geld für die Welt via YouTube

und: **Wirtschaftspolitik für Dummies**
Schwarz-Rot setzt mit plumpen neoliberalen Rezepten unsere soziale Marktwirtschaft aufs Spiel. Mit dem Schwinden der Kaufkraft gerät Deutschland noch tiefer in den Abwärtsstrudel.
Privatisierung, die Umstellung auf Kriegswirtschaft und vor allem: eine Verlängerung der durchschnittlichen Arbeitszeit. Die Regierung hat in den letzten Monaten tief in die Mottenkiste kontraproduktiver ökonomischer Rezepte gegriffen, um Tatkraft vorzutäuschen und vergebliche Hoffnungen auf einen wirtschaftlichen Wiederaufstieg zu nähren. Einer genaueren Prüfung halten die Politikentwürfe von Friedrich Merz, Lars Klingbeil & Co. aber keinesfalls stand.
Quelle: Manova

Anmerkung unseres Lesers F.K.: *Auch die Kürzungen im sozialen Bereich werden das Land nicht auf einen besseren Kurs bringen, weil auch damit Kaufkraft und Teilhabe weiter sinken werden. In einer WÄHRUNGSUNION Wettbewerb auf Kosten anderer Mitglieder wird in die Hose gehen, denn kein anderes Land wird sich auf Dauer zu unseren Gunsten verschulden wollen und*

damit den unsäglichen neoliberalen Einfluss weiter zulassen.

6. **„Das Land durchschütteln“**
   Die Forderung nach einer Öffnung für die Zusammenarbeit mit der AfD schwillt in Deutschland in Wirtschaft, Politik und Medien an. Mehrere Unternehmer, darunter Ex-Trigema-Chef Wolfgang Grupp, sprachen sich am Wochenende für ein Ende der „Brandmauer“ aus. Zuvor hatte Ex-Siemens-Chef Joe Kaeser, der heute als Aufsichtsratschef von Siemens Energy amtiert, dafür plädiert, wegen gewisser Widerstände vor allem in der SPD gegen einen Komplettabriss des Sozialstaats „mit einer Minderheitsregierung das Land durchzuschütteln“. Freilich werde das zu einem „Riesenaufruhr“ führen, sagte Kaeser voraus: „Die Brandmauer wird in Flammen aufgehen.“ Offiziell erteilen die Leitungsgremien von CDU/CSU und SPD einer förmlichen Zusammenarbeit mit der AfD noch eine Absage. Ende vergangener Woche erklärte jedoch – kurz vor seiner Wahl – der neue FDP-Vorsitzende Wolfgang Kubicki, man könne Anträge im Parlament „nicht davon abhängig machen, wer zustimmt“. Testweise hatte der heutige Bundeskanzler Friedrich Merz bereits vor seiner Wahl eine Bundestagsabstimmung ohne formelle Kooperation, aber mit Hilfe der AfD gewonnen. Im Europaparlament wurde ein solches Vorgehen bereits mehrfach praktiziert.
   Quelle: German Foreign Policy
7. **Was heißt hier 8-Stunden-Tag?**
   Die Regierung will das Arbeitszeitgesetz ändern. Ihr Reformentwurf ist für Juni angekündigt. Hier vorab die wichtigsten Fragen und Antworten.
   Jetzt will Schwarz-Rot Ernst machen mit Reformen. Spätestens Ende Juni soll auf dem Koalitionsgipfel ein großes Paket geschnürt werden, einschließlich Renten- und Steuerreform. Schon vorher kommt voraussichtlich ein weiteres Vorhaben: die Abschaffung des 8-Stunden-Tags in seiner bisherigen Form. Schon Anfang Juni könnte Arbeitsministerin Bärbel Bas einen Gesetzesentwurf vorlegen. Lust darauf hat die SPD-Politikerin nicht. Wenn es nach ihr ginge, „würden wir das Thema gar nicht erst anfassen“, sagte sie kürzlich vor Delegierten des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB). Es stehe nun aber im Koalitionsvertrag.
   Ganz anders Bundeskanzler Friedrich Merz: Er sagte schon im Januar bei einem Wirtschaftsempfang, er würde das Arbeitszeitgesetz am liebsten ganz streichen. Zwischen der Abschaffung und einem Weiter-so gibt es Abstufungen.
   Quelle: taz

Anmerkung Christian Reimann: *Würden die Grünen in einer Koalition mit den Unionsparteien die Regelung für den Achtstundentag unangetastet lassen – und würde die „taz“ dann so berichten, wenn eine schwarz-grüne Regierung solche Absichten verfolgen würde?*

8. **Wen Warkens geplante Gesundheitsreform am härtesten trifft**
Gesundheitsministerin Nina Warken verkauft erfolgreich die Erhöhung der Zuzahlungen um satte 50 Prozent als bloße Anpassung an die Inflation. Das mag rechnerisch richtig sein, ändert aber nichts daran, dass sie gerade diejenigen am härtesten trifft, die ohnehin am meisten unter der allgemeinen Preissteigerung leiden. Auch wenn der Mehrbetrag geringfügig erscheinen mag, entfalten höhere Selbstbeteiligungen unerwünschte Wirkungen – vor allem für chronisch Kranke. (…)
Auch die Kürzung des Krankengeldes auf 65 Prozent des Bruttolohns und der maximalen Bezugsdauer auf 78 Wochen trifft ausschließlich chronisch kranke Menschen. Angesichts der Zunahme langwieriger, vor allem psychischer Erkrankungen erhöht sie die Gefahr krankheitsbedingter Verarmung. Eine weitere Abkehr vom Solidarprinzip – Beitrag nach Zahlungsfähigkeit und Inanspruchnahme nach Bedarf – stellt der jüngste Vorschlag aus dem Hause Warken dar, Kinderlose bei der Pflegekasse stärker zu belasten.
Quelle: FR Online

Anmerkung Christian Reimann: *Das sind keine Reformen. Diese Vorhaben für die Gesundheitspolitik haben die Wirkung einer Zitronenpresse: Die Bürgerinnen und Bürger werden Stück für Stück um ihren Wohlstand gebracht – sofern noch vorhanden.*

9. **ZDF tritt nach unten**
Bisher war die Hetze gegen Empfänger staatlicher Transferleistungen eine Domäne von rechten Boulevardblättern wie Bild oder privaten TV-Sendern wie RTL 2 mit Formaten wie »Armes Deutschland – Stempeln oder Abrackern?«. Dass sich längst auch öffentlich-rechtliche Sender an dieser Meinungsmache beteiligen, zeigte die am 14. Mai im ZDF ausgestrahlte Dokumentation »Am Puls mit Sarah Tacke – System Bürgergeld: Leben ohne Leistung?«. Der Verein »Sanktionsfrei« hat jetzt eine Programmbeschwerde gegen die Sendung beim ZDF-Fernsehrat eingereicht, weil diese ein »verzerrtes Bild« von Bürgergeldbeziehenden gezeichnet habe. (…)
Die Macher der Doku schreckten auch nicht davor zurück, das Klischee zu transportieren, bestimmte Gruppen von Migranten aus dem EU-Ausland, etwa

Bulgaren und Rumänen, kämen in die BRD, um Leistungen zu beziehen und Teil krimineller Strukturen zu werden. »Differenzierende Einordnungen zur tatsächlichen sozialen Lage von EU-Arbeitsmigrantinnen und -migranten oder zu wissenschaftlichen Einschätzungen der sogenannten Pullfaktor These fehlen weitgehend«, heißt es in der Beschwerde.
Quelle: junge Welt

dazu: **Mehr als 40 Eingaben beim ZDF-Fernsehrat wegen Bürgergeld-Doku**
Gegen die ZDF-Dokumentation „Am Puls mit Sarah Tacke – System Bürgergeld: Leben ohne Leistung?“ sind beim Fernsehrat bislang mehr als 40 Eingaben eingegangen. Mehrere davon seien als förmliche Programmbeschwerden einzustufen, teilte das ZDF-Gremienbüro dem Evangelischen Pressedienst (epd) am Donnerstag auf Anfrage in Mainz mit. Die Sendung wurde am 14. Mai ausgestrahlt.
Quelle: Stuttgarter Nachrichten

10. **Wirtschaftskrise: Jetzt sollen auch noch die Mütter schuld sein**
Teilzeitarbeit sei in Deutschland auf einem Rekordhoch: Kaum hatte das Statistische Bundesamt seine Erkenntnis am Mittwoch der Öffentlichkeit präsentiert, produzierten diverse Leitmedien daraus den nächsten Aufreger, der nahtlos an die Faulheitsdebatte vom Jahresbeginn anknüpfte. Es ging um Phrasen wie „Lifestyle oder Selbstbestimmung“, Moral und „Arbeitsanreize“ für Mütter und Senioren – ganz so als seien Kinder und Haushalt ein Klacks, Betreuungsplätze überall vorhanden und 70-Jährige unbeschränkt belastbar. Willkommen in der Fantasiewelt der „bürgerlichen Mitte“. (…)
„So viele Beschäftigte in Teilzeit wie noch nie“, titelte das ARD-Meinungsschlachtschiff Tagesschau, um wenig später scheinheilig zu fragen: „Lifestyle oder selbstbestimmtes Arbeiten?“
So verhalf die ARD einem Papier vom Januar der sogenannten „Mittelstands- und Wirtschaftsunion“ (MIT) – eines Lobbyverbands, der sich vor allem aus betuchten CDU-Politikern speist – zu neuer Popularität.
Quelle: RT DE
11. **EU gibt eingefrorene 16 Milliarden Euro für Ungarn frei**
Rund drei Wochen nach der Vereidigung der neuen ungarischen Regierung hat die EU die Freigabe von mehr als 16 Milliarden Euro eingefrorener Finanzmittel für das Land angekündigt. Das Geld werde aufgrund der in kurzer Zeit erzielten »großen Fortschritte« bei Investitionen, Regionalförderung und

Korruptionsbekämpfung freigegeben, sagte EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen am Freitag in Brüssel.
Von der Leyen sprach bei einer gemeinsamen Pressekonferenz mit dem neuen ungarischen Ministerpräsidenten Péter Magyar über die Ergebnisse der Verhandlungen. Sie kündigte an, dass die EU zehn Milliarden Euro (11,6 Milliarden US-Dollar) an zuvor eingefrorenen Geldern aus dem Wiederaufbaufonds und außerdem 4,2 Milliarden Euro aus dem Kohäsionsfonds freigeben werde.
Quelle: Zeit Online

12. **Tichys juristischer Sieg gegen die Schlapphüte und was das für den Fall Hüseyin Dogru bedeutet**
Das oft regierungskritische Magazin Tichys Einblick hat gegen das Bayerische Landesamt für Verfassungsschutz vor Gericht gewonnen. Tichys Einblick als putintreue Postille zu framen, nur weil russische Medien die dortigen Beiträge manchmal weiterverbreiten, war rechtswidrig. Wenn das schon für einfache Nennung in einem Bericht gilt, wie rechtswidrig ist dann gleichermaßen schwach begründeter Bürgerrechtsentzug für Publizisten? (…)
Die EU hat mit deutscher Mitwirkung im Mai 2025 den deutschen Publizisten Hüseyin Dogru mit ziemlich genau den gleichen Argumenten auf eine Sanktionsliste gesetzt, mit denen die bayerischen „Verfassungsschützer“ den Ruf von Publikationen beschmutzten. Während aber diese „nur“ einen gewissen Ruf- und Geldschaden erleiden mussten, ist Dogru seither der meisten seiner Grundrechte entkleidet. Er genießt keine Meinungs-, Berufs- und Reisefreiheit und keine Eigentumsrechte mehr. Das alles ohne Anklage, Verteidigung und rechtsstaatliches Verfahren und ohne dass Beweise vorgelegt worden wären. Sein „Vergehen“ besteht darin, Meinungen zu vertreten und Informationen zu verbreiten, die immer wieder der russischen Regierung gefallen.
Quelle: Norbert Häring

Anmerkung Christian Reimann: *Bitte lesen Sie dazu u.a. auch „Sippenhaftung“ für Familie von Hüseyin Doğru geht weiter – auch das Konto seiner Mutter gesperrt.*

13. **„Made in EU“-Regel: Wirtschaftsministerium fürchtet steigende Kosten**
Das Bundeswirtschaftsministerium unter Leitung von Katherina Reiche (CDU) rechnet mit massiven Kostensteigerungen für Autos, Batterien und

Solaranlagen, sollten die geplanten EU-Präferenzregeln in Kraft treten. Das berichtet der Newsletter „Industrie und Handel“ des „Politico“ unter Berufung auf eine interne Bewertung aus dem Referat Europäische Industriepolitik zum Industrial Accelerator Act (IAA). Die Bewertung ist innerhalb der Bundesregierung abgestimmt.
Für E-Autos rechnet das Wirtschaftsministerium mit einem Kostenanstieg von 630 Euro – „wegen der ‚Made in EU‘-Anforderungen an Batterien im Jahr 2030“. Autos, die mit kohlenstoffarmem Stahl gebaut werden, könnten sich um knapp 70 Euro verteuern.
Quelle: FinanzNachrichten.de

dazu: **Von E-Autos genervt: EU-Politikern schmeckt eigene Medizin nicht**
Innerhalb der EU-Kommission häufen sich laut Berichten Beschwerden über die Fahrten zwischen Brüssel und Straßburg. Die Strecke zum Europaparlament gilt eigentlich als Routineprogramm für die Spitzenpolitiker. Mit den elektrischen Dienstwagen wird die Reise für manche Beamte anscheinend zunehmend zum Geduldsspiel. (…)
Mehrere Mitarbeiter aus unterschiedlichen Kommissarsbüros berichten von regelmäßigen Zwischenstopps an Ladesäulen in Luxemburg. Die Fahrzeuge schaffen die Strecke offenbar nicht immer zuverlässig ohne Pause.
Quelle: GIGA

14. **Wie Sandabbau die Lebensgrundlagen aller zerstört**
Wenn Fasasi Adekunle vor Sonnenaufgang seine Netze auswirft, hofft er auf das Beste. Der Fischer aus Epe nahe der nigerianischen Stadt Lagos kennt die Lagune seit über 30 Jahren. Früher sei er am Abend hinausgefahren und am nächsten Vormittag mit vollen Netzen zurückgekehrt, erzählt er. Heute müsse er weiter hinausfahren – und komme oft fast ohne Fang zurück. In der Lagune gebe es kaum noch Fisch.
Auch die Nacht ist nicht mehr still. Noch vor Sonnenaufgang wird sie vom Brummen der Saugbagger dominiert. Sie holen Sand vom Grund der Lagune – eine gefragte Ressource für die Bauwirtschaft in Lagos. Die Metropole mit ihren rund 20 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern wächst rasant. Dafür braucht sie Beton, Strassen, Wohnraum und künstlich aufgeschüttetes Land. Und dafür braucht sie Sand. (…)
Wie viel verwertbaren Meeres- und Flusssand es überhaupt gibt und welche ökologische Funktion er genau erfüllt, ist dabei weitgehend unbekannt.

Vielerorts fehlen selbst grundlegende Daten: Wo wird wie viel Sand abgebaut? Wohin wird er transportiert? Welche Schäden entstehen?
Quelle: Infosperber

15. **Hamburg sagt die Spiele ab**
Auffallend ist, dass es nur in den wohlhabenden Stadtteilen an der Alster, im Hamburger Westen und in den nördlichen Vororten eine Mehrheit für die Bewerbung gab. (…)
Für die Spiele ausgesprochen hatten sich die Regierungsparteien SPD und Grüne, sowie die oppositionelle CDU, weite Teile der Wirtschaft und des Sports. Die Linke und die AfD lehnten das Vorhaben ab, ebenso die Umweltschutzverbände Nabu und BUND. Größten Gegendruck gab es von der Initiative „NOlympia“. Diese hatte schon 2015 dazu beigetragen, dass ein Referendum für Olympische Sommerspiele scheiterte. (…)
Bei der Diskussion über der Pro und Kontra der Spiele spielen die schwer kalkulierbaren Kosten und die Furcht vor einem großen Defizit der öffentlichen Hand eine Rolle. Thematisiert wurde auch die Angst vor steigenden Mieten und die Frage, ob klimaneutrale Spiele nicht ein leeres Versprechen seien.
Die Befürworter erhoffen sich eine Imagegewinn, einen Stimmungsaufschwung, nicht zuletzt wohl ein Geschäft. Aus Sicht des Senats würde sich mit den Spielen der Fokus des Bundes auf die Hansestadt richten und mit Geld aus Berlin viele anstehende Infrastrukturprojekte schneller oder überhaupt realisiert werden können.
Quelle: taz

Anmerkung Christian Reimann: *Nicht unwesentlich dürften die Auswirkungen einer Olympiade in Hamburg auf die ehrgeizigen Klimaziele in der Stadt sein. Denn per Gesetz soll Hamburg entsprechend einem erfolgreichen Klimaentscheid bereits 2040 “Klimaneutralität” erreichen. Mit der Olympiade hätten die Klimaziele zumindest erst einmal zeitlich verzögert werden können. Nun hat die herrschende Politik in der Hansestadt eine Ausrede weniger. Es stellt sich immer noch die Frage, was passieren wird, wenn Hamburg dieses Ziel nicht erreichen sollte – juristisch und politisch?*